

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Beilage „Der Landwirt in Nassau“

ersch. 2mal täglich, auch Montag früh. — Bezugspreis: Abnehmer monatlich 1.20 M., vierteljährlich 4.00 M. Durch Träger u. a. d. m. Verteilungen frei. Im Haus monatlich 1.75 M., vierteljährlich 5.25 M. Durch die Post bezogen monatlich 1.65 M., vierteljährlich 4.95 M. ohne Bestellgeld. Einzelnummer 10 Pf.

Ämtliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Nikolajstr. 11. Fernruf Nr. 5515, 5516, 5517. — Einzelnenpreis: In Wiesbaden und Provinz Nassau 30 Pf., Restland 1.25 M.; außerhalb 30 Pf., Restland 1.75 M. Zeitungspreise u. Rabatt laut Tarif. Sonderbeilagen 60 M. pro 1000.

Nummer 250

Samstag, 31. Mai 1919.

73. Jahrgang.

Letzte Nachrichten

Drahtmeldungen der „Wiesbadener Zeitung“.

Die deutsche Antwortnote über die Kriegsgefangenen.

mz. Versailles, 30. Mai.

Die gestern an Clemenceau überreichte Note über die Kriegsgefangenen lautet:

Herr Präsident!

Die deutsche Delegation entnahm aus der Note der Alliierten und assoziierten Mächte vom 20. Mai, mit der die deutsche Note vom 10. Mai über die Kriegs- und Zivilgefangenen beantwortet wurde, mit Befriedigung, daß die Alliierten und assoziierten Mächte bei der Behandlung der Kriegs- und Zivilgefangenen in der Zeit zwischen der Unterzeichnung des Friedensvertrages und ihrer Heimkehrung völlig ihren Gefühlen und Bedürfnissen Rechnung tragen wollen. Gleichwohl hielt es die deutsche Friedensdelegation für ihre Pflicht, zu den Ausführungen in der Note der Alliierten und assoziierten Regierungen vom 20. Mai folgende Bemerkungen zu machen:

Die Weigerung der Alliierten und assoziierten Mächte, nach Abänderung der einschlägigen Bestimmungen das Los der Kriegs- und Zivilgefangenen sofort zu verbessern, ist uns tief zu bedauern. Wenn die deutsche Note vom 10. Mai davon absieht, hat bestimmte Ausnahmen in ihrer Richtung zu geben, so geschah dies mit Rücksicht auf den darin enthaltenen Vorschlag, unverzüglich eine Kommission zur Prüfung der den Kriegs- und Zivilgefangenen zu gewährenden Erleichterungen zu ernennen. Diese Kommission, deren Einsetzung leider an der Abänderung der Alliierten und assoziierten Mächte gescheitert ist, hätte u. a. den Postverkehr der Kriegs- und Zivilgefangenen mit ihren Familien, der den einzigen seelischen Trost in ihrem trübsaligen Leben bildet, erleichtern sollen. Tatsächlich erhalten die deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen in Europa ihre Post mit Verspätung von mindestens 4 bis 5 Wochen. Sie würden sich ungerechtigt fühlen, die gesamte Nation für das Vergehen Einzelner verantwortlich zu machen.

Sie kann dann auch nicht zugeben, daß der in der Note vom 20. Mai erwähnte, von einem Einzelnen begangene Verstoß gegen die Mord als Beleidigung dafür dienen bei den deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen die Vorurteile vorzuenthalten, die den Kriegs- und Zivilgefangenen der Alliierten Mächte ohne Vorbehalt angedichtet worden sind. Die deutsche Friedensdelegation muß umso mehr an ihrem Standpunkt beharren, als der deutschen Regierung aus der ihr vertragsgemäß von der französischen Regierung übergebenen Straßburger Erklärung bekannt ist, daß deutsche Kriegsgefangene in Frankreich wegen geringer Vergehen gegen die Disziplin gerichtlich zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt worden sind. Dabei spielen eine besondere Rolle mehrjährige Strafen wegen Gehorsamsverweigerung, also wegen eines Vergehens, das angedeutet wird, daß die Verhältnisse der Kriegsgefangenen aus dem strengen Gesetz kein moralisches Recht gibt, die Gefangenen über den Zeitpunkt des Friedensschlusses hinaus festzuhalten.

Die Alliierten und assoziierten Regierungen erklären in ihrer Note vom 20. Mai, daß kein Verstecktes abgesehen werden könne zwischen der Behandlung der Kriegsgefangenen durch die deutsche Regierung einerseits und die Alliierten und assoziierten Mächte andererseits. Die deutsche Friedensdelegation muß diese einseitige Behauptung, die die Grundlage für eine objektive Feststellung der Wahrheit nicht abgeben kann, mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Die deutsche Regierung hat das Urteil der Welt hinsichtlich der Behandlung der Kriegs- und Zivilgefangenen in Deutschland nicht zu fürchten. Sie ist jederzeit bereit, die Frage der Behandlung der Kriegs- und Zivilgefangenen durch die verschiedenen kriegsführenden Mächte der Prüfung durch eine aus neutralen unbeteiligten Mitgliedern bestehende Kommission zu übertragen. Sie würde die Einsetzung einer derartigen unparteiischen Stelle nur warm begrüßen, der sie mit dem gesamten Material auch zahlreiche Beweise von unmenschlicher Behandlung vorlegen könnte, die die deutsche Regierung in Deutschland nicht zu fürchten. Sie ist jederzeit bereit, die Frage der Behandlung der Kriegs- und Zivilgefangenen durch die verschiedenen kriegsführenden Mächte der Prüfung durch eine aus neutralen unbeteiligten Mitgliedern bestehende Kommission zu übertragen. Sie würde die Einsetzung einer derartigen unparteiischen Stelle nur warm begrüßen, der sie mit dem gesamten Material auch zahlreiche Beweise von unmenschlicher Behandlung vorlegen könnte, die die deutsche Regierung in Deutschland nicht zu fürchten.

Englischer Heeresbericht aus Indien.

mz. London, 30. Mai.

Im südlichen Frontabschnitt führen die Mahanen ihre Offensive weiter. Keine vorgeschobene Position haben wir erlangt. Im oberen Tale von Tebi und Gomol bekämpfen die Mahanen das ansehnliche Gelände. Sie besetzen jetzt Tebi und achen auf Miramehah vor. Verschiebungen sind eiligst abgeschickt worden. Sonst ist die Lage überall befriedigend.

Vortrag eines Wiener Universitätsprofessors. Es wird mitgeteilt, daß am Sonntag, den 1. Juni, abends 8½ Uhr, Herr Leon Schneider, Professor der Universität Wien, im kleinen Saal des Kurhauses einen Vortrag halten wird über „Un préfet de la révolution à Mavence: Jean von S. André“. Eintrittspreis 0.50 M.

Verständnis für Deutschlands Gegenanträge?

mz. Die „Chicago Tribune“ berichtet, die amerikanische Friedensdelegation sei der Ansicht, daß die deutschen Gegenanträge drei grundsätzliche Fragen aufwerfen: 1. die sofortige Zulassung Deutschlands zum Völkerbund, 2. die Revidierung der Leistungen Deutschlands für die Wiedergutmachungen, 3. die Volksabstimmung im Osten. Die amerikanische Kommission sei für die Gewährung der beiden letzten Forderungen. England, Japan, Italien und viele kleine Nationen, sogar Belgien, widersetzten sich dem sofortigen Eintritt Deutschlands nicht. Tatsächlich glauben gewisse Alliierte Nationen, daß viel für eine sofortige Zulassung Deutschlands spreche. Die Vereinigten Staaten widersetzten sich den deutschen Vorschlägen betreffend Finanzierung der Entschädigungen nicht, da die amerikanischen Sachverständigen der Ansicht seien, daß die von Deutschland vorgeschlagene Summe von hundert Milliarden Goldmark das Schicksal dessen sei, was Deutschland bezahlen könne.

Verailles oder Berlin!

mz. Kenter meldet: Lloyd George erklärte in einer kürzlich in Amiens gehaltenen Rede, die Deutschen müßten den Friedensvertrag unterzeichnen, wenn nicht in Versailles, dann in Berlin. Wenn sich der Herr nach Berlin begeben, müsse er jedoch eine Armee hinter sich haben.

Kein Ultimatum.

„Daily Telegraph“ meldet aus Paris, es soll ein Ultimatum an Deutschland vermieden werden. Unter diesen Gesichtspunkten erfolgt die eingehende Gegenantwort der Alliierten. In finanziellen Fragen dürfte man Deutschland Erleichterungen zugestehen. — Der „Corriere della Sera“ meldet aus Paris: Die Delegierten sind der Auffassung, daß die Verhandlungen noch die ganze erste Hälfte des Juni andauern dürften. Auch die neue Antwort der Alliierten wird eine weitere Note Deutschlands zur Folge haben, wie allgemein angenommen wird. — Die „Times“ melden aus Paris: Die Alliierten haben die Unterkommissionen für Sonntag einberufen, um die deutsche Gegennote sofort in Bearbeitung zu nehmen. Die Unterkommissionen werden bis Mittwoch ihre Berichte fertiggestellt haben. Die Antwort der Alliierten kann frühestens in acht Tagen vorliegen.

Die Haltung der Pariser Presse.

mz. Aus Versailles wird gemeldet: Die Aufnahme, welche die deutschen Gegenanträge in der Pariser Presse finden, ist nicht so schroff und ablehnend, als man es nach den Presseäußerungen der letzten Woche hätte annehmen können. Zwar sind auch heute wieder scharfe Stimmen, namentlich im offiziellen nationalen Lager zu finden, aber beachtenswert ist, daß zahlreiche Blätter dieses Lagers heute kein eigentliches Urteil fällen, sondern sich mit einer Umschreibung der Inhaltsangabe der deutschen Denkschrift begnügen. Das „Journal“ meint, daß die deutschen Gegenanträge vor allem bezweckten, aus dem Zustande seiner internationalen Unterlegenheit Deutschland herauszubringen, in das es durch den Vertragsentwurf der Alliierten käme. Auf die Frage, ob die Alliierten sich auf Verhandlungen einlassen würden und Abänderungen vornehmen wollten, verweigert die Presse einzugehen. Das „Echo de Paris“, das über den in Konferenzen herrschenden Eindruck berichtet, erklärt lediglich, man glaube nicht, daß die Alliierten in den verschiedenen prinzipiellen Punkten nachgeben werden. Die Frage, ob man unterhandeln werde, läßt das Blatt unentschieden.

Londoner Wetten.

In London werden seit Mittwoch voriger Woche Wetten für und gegen die Unterzeichnung des Friedensvertrages durch Deutschland abgeschlossen. Die Wetten für die Unterzeichnung standen am Montag 7:3.

Eine neue Note über die Kriegsgefangenen.

mz. Die deutsche Delegation hat am Donnerstag Clemenceau eine neue Note in der Frage der Kriegsgefangenen übermittelt.

Generalstreik in Kanada.

mz. Nach einer in englischen Blättern vom 28. Mai veröffentlichten Mitteilung aus Toronto ist dort am 28. Mai abends mit überwältigender Mehrheit der Generalstreik beschlossen worden. Die Lage in Winnipeg ist kritisch.

Streikunruhen in Lima.

mz. New-York, 29. Mai. Ein Telegramm aus Lima meldet, daß bei den Streikunruhen am Dienstag sechs Personen getötet und 20 verwundet wurden. Über Lima und Callao wurde der Belagerungszustand verhängt. Die Ordnung ist jetzt wiederhergestellt.

Graf Brockdorff über die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.

Der Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation, Graf Brockdorff, äußerte sich gegenüber einem Journalisten über die Fragen der wirtschaftlichen Bedingungen. Graf Brockdorff legte seine Ansichten in folgender Weise dar:

„In allen Ländern spielt sich, und das ist bezeichnend, der gleiche Kampf ab, und zwar zwischen den sogenannten Theoretikern, die an manchen Errungenheiten der gebundenen Wirtschaft festhalten wollen, und den Anhängern des freien Handels, die das Heiß aller Dinge in dem sogenannten freien Spiel der Kräfte sehen. Theoretisch haben ohne Frage diejenigen recht, die ausschließlich von dem freien Spiel der Kräfte eine Gesundung der Wirtschaftsverhältnisse in allen Ländern erwarten. Aber hätte die Welt denn in der Vorkriegszeit ein freies Spiel der Kräfte, für das diese Bezeichnung in vollem Umfange richtig ist? Log nicht gerade darin, daß durch Zollschranken und wirtschaftliche Abhängigkeiten dem freien Spiel der Kräfte eine nationale Fessel angelegt wurde, einer der wesentlichen Gründe für die Weltkatastrophe, deren Ende der Friede von Versailles sein soll. Können sich unsere Gegner wirklich wundern, wenn die neuen Ideen der Gemeinwirtschaft und der Sozialisierung gerade besonders stark in Deutschland Wurzel gefaßt haben, wo Deutschland viel früher und in viel härteren Maße durch die Blockade gezwungen war, jede freie individuelle wirtschaftliche Betätigung innerhalb seiner Landesgrenzen mehr und mehr zu unterbinden? Glauben Sie, daß das Friedensinstrument, das uns vorgelegt wurde, geeignet ist, gerade diejenigen Bestimmungen in Deutschland zu schwächen, die mit den Begriffen Sozialisierung und Gemeinwirtschaft den Versuch machen, einen neuen demokratischen Ball in die Wirtschaftsstruktur zu bringen, der die zusammengebrochene Wirtschaft Deutschlands durch die kräftige Organisation einer nationalen Sparwirtschaft wieder leistungsfähig machen soll? Was ist denn die Reparationskommission anders als der Zwang, Deutschland gemeinwirtschaftlich zu organisieren? Fremden Kontrollkommissionen soll die Entscheidung darüber anstehen, ob und wieviel Rohstoffe Deutschland einführen kann.“

Wie ist es unter einem solchen System überhaupt möglich, an die Wiederaufnahme normaler Handelsbeziehungen zu denken? Denn welchen Kredit würde der deutsche Kaufmann persönlich im Ausland haben? Durch einseitige Bestimmungen soll gerade der deutsche Kaufmann im Ausland vollkommen vernichtet werden. Alles, was er in mühsamer vierzigjähriger Arbeit an Reichthümern und Besitz in der Welt geschaffen hat und was ihm einmöglichen würde, steht im freien Spiel der Kräfte für die Wiederinbetriebnahme der deutschen Wirtschaft still zu sein, würde hier mit einem Federstich durch die Aufrechterhaltung der Liquidation weggenommen werden. Und was noch schlimmer ist, er kann auch nicht daran denken, zu verhandeln, neu aufzubauen, denn das Recht unserer Gegner, deutschen Vermögensbesitz zu liquidieren, soll ja auch für alle Zukunft aufrecht erhalten werden. Was bleibt da dem deutschen Volke anderes übrig, als den Versuch zu machen, sich gemeinwirtschaftlich zu organisieren, d. h. also gerade denjenigen Weg zu beschreiten, den früher die Ententestaaten mit dem größten Mißtrauen und den größten Befürchtungen in Bezug auf die Folgen für ihr eigenes Land betrachteten. Die Sozialisierung des Wirtschaftslebens soll in den wirtschaftlich denkenden Kreisen unserer Reinde mit dem nunmehr zusammengebrochenen preussischen Militarismus verallgemeinert werden. Eine gewisse Wahrheit liegt in diesem Vergleich, denn ohne Frage könnte eine Gefahr für den Frieden der Welt entstehen, wenn an Stelle eines nationalen Kapitalismus ein nationaler Sozialismus treten würde, wenn der Nationalismus sich als Waffe, als eine Krone eine bis auf das letzte durchorganisierte Wirtschaft schaffen würde. Dann würde die neue Entwicklung der wirtschaftlichen Struktur, deren Anfang wir hier in Deutschland erleben, sich nicht in friedlicher Evolution vollziehen, sondern sie würde fraglos eine Revolution der weltwirtschaftlichen Anschauungen bedeuten und Zustände herbeiführen, wie sie gerade die Kapitalisten in England und Amerika, die heute die Entwicklung in Deutschland mit Mißtrauen betrachten, zu vermeiden wünschen.“

Ein Ostmarkenparlament.

Am Remter des alten Ordensschlosses Marienburg trat am 27. Mai der in Berlin von den Abgeordneten der Ostmarken gewählte parlamentarische Aktionsausschuß für Ostpreußen, Westpreußen und den Regierungsbezirk Bromberg unter Teilnahme von Vertretern der Militär- und Zivilbehörden zur Beratung über die Lebensfragen Ostpreußens zusammen. Der Vorsitzende des Ausschusses, Abg. Gahl (Danzig), stellte unter allgemeiner Zustimmung fest, daß bei der Arbeit für die Rettung der Heimat alle Sonderbestrebungen der Parteien zurückzustellen sind. Zum Schluß der Sitzung wurde eine Entschließung gefaßt, wonach der parlamentarische Ausschuß der gefährdeten Teile Ostbaltens die Bevölkerung auffordert, in dieser Zeit, da der Kampf um die Rettung Deutschlands alle Kräfte erfordert, alle politischen, wirtschaftlichen und konfessionellen Gegensätze zurückzustellen. Der parlamentarische Ausschuß erachtet besonders alle Fernhaltungen von Störungen des wirtschaftlichen Lebens als unumwandelbare Voraussetzung für eine erfolgreiche Wahrung des Abwehrkampfes, appelliert darum an das nationale Willkürgefühl der Arbeiter und Arbeitnehmer und fordert beide Teile auf, die schwebenden oder neu auftauchenden Streitfragen auf dem bewährten Verhandlungsweg zu klären.

